

Die empirische Politikforschung seit den 70er Jahren

Deth, Jan W. van

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Deth, J. W. v. (2002). Die empirische Politikforschung seit den 70er Jahren. In *Von Generation zu Generation* (S. 59-68). Mannheim <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50715-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DIE EMPIRISCHE POLITIKFORSCHUNG SEIT DEN 70ER JAHREN

JAN W. VAN DETH

1. Die institutionelle Basis

Wie in manchen anderen Ländern folgte auf die Gründungsphase der modernen Politikforschung nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Deutschland eine Periode der Verstetigung und Institutionalisierung. Insbesondere die Konzipierung und Durchführung der „Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961“ förderte den Ausbau der empirischen Politikforschung sehr stark (vgl. Scheuch 2000). Nachdem Gerhard Baumert, Rudolf Wildenmann und Erwin Scheuch mit diesem Projekt die großen Möglichkeiten der verhaltensorientierten Ansätze gezeigt hatten, wurden spezielle Themenbereiche rasch weiterentwickelt (z.B. die Arbeiten von Franz U. Pappi über den Einfluss der Sozialstruktur, die Studien zur Wahrnehmung von Parteien von Hans-Dieter Klingemann oder Max Kaases Betrachtungen über politische Partizipation). Seit der 1964 erfolgten Berufung Wildenmanns nach Mannheim wurde der institutionelle Ausbau dieser Art empirischer Forschung in enger Zusammenarbeit zwischen Forschern aus Köln und Mannheim vorangetrieben. In Köln wurde bereits 1960 das Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) gegründet; in Mannheim folgte 1974 das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). Obwohl auch an anderen Orten ähnliche Forschung stattfand – z.B. in Kiel – war mit der Gründung des ZA und des ZUMA in relativ kurzer Zeit eine institutionelle Basis geschaffen, welche sehr eng mit der universitären Forschung verbunden war, allerdings keine universitäre Einrichtung darstellt. Diese Konstruktion sollte sich im Laufe der Jahre als sehr erfolgreich erweisen und prägt auch heute noch maßgeblich die empirische Sozial- und Politikforschung in Deutschland.

Die erste Welle der Verstetigung und Institutionalisierung der empirischen Forschung in Deutschland liegt jetzt etwa 30 Jahre zurück. Wenn wir mit Karl Mannheim (1928/29: 318-319) die Zeitspanne einer Generation auf etwa 30 Jahre festlegen, ist somit genau eine ganze Generation abgelöst worden. Aber Mannheim betont sofort, dass nicht die „Rhythmik der entscheidenden Geburten“, sondern die „gesellschaftlich-geistige Strukturebene“ darüber entscheidet, ob es zur Generationsbildung kommt. Diese „gesellschaft-

lich-geistigen“ Faktoren sind in der Verstetigung und Institutionalisierung der empirischen Politikforschung an mehreren Stellen sichtbar. Wie haben die Generationen der 60er- und 70er-Jahre in den letzten Jahrzehnten die empirische Politikforschung ausgebaut? Welche Schwerpunkte wurden dabei gesetzt? Welche Herausforderungen folgen aus diesen Entwicklungen für die jüngeren Generationen? Zur Beantwortung dieser Fragen werden hier zunächst die wichtigsten Themen der empirischen Politikwissenschaft betrachtet sowie die Einflussfaktoren, welche zu ihrer Anpassung und Neudefinition beigetragen haben. Obwohl natürlich nicht irrelevant, bleiben die institutionellen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit – insbesondere der Aufbau der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) – hier weitgehend außer Betracht. Die Berücksichtigung derartiger Aspekte würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen und unterbleiben hier aus räumlichen Gründen. Im Vordergrund stehen die fachlichen und inhaltlichen Entwicklungen der empirischen Politikforschung sowie ihre Konsequenzen für jüngere Generationen, die ihre eigenen Forschungsinteressen zum großen Teil innerhalb der etablierten Institutionen realisieren können und müssen.

2. Demokratie, Wahlen, Partizipation

Der Aufbau und Institutionalisierung der empirischen Politikforschung fand in Deutschland unter wenig günstigen Bedingungen statt. Die Politikwissenschaft beschäftigte sich im allgemeinen eher mit „kritisch-emanzipatorischen“, „kritisch-praktischen“ oder „praxisorientierten“ Ansätzen als mit der mühseligen und zeitaufwändigen Sammlung empirischer Ergebnisse; einer Aktivität, welche sowieso als „Verwissenschaftlichung“ und „Amerikanisierung“ politischer Analysen betrachtet wurde und auf nur mäßige Resonanz in der Disziplin stieß. Viel mehr Aufmerksamkeit wurden den Entwicklungen am Berliner Otto-Suhr-Institut und der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ gewidmet. Diskussionen über die „Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie“, eine „kritische Gesellschaftstheorie“ und die „Dichotomisierung von Marxismus und bürgerlicher Wissenschaft“ fanden in Berlin, Frankfurt, Marburg, Freiburg und vielen anderen Städten statt. Politikwissenschaft im „Spätkapitalismus“ sollte keine „Integrationswissenschaft“, sondern eine „Obstruktionswissenschaft“ sein (exemplarisch hierzu: Faul 1979, Kastendiek 1990, Greven 1991).

Während große Teile der Disziplin sich mit Marx-Exegesen und der Frage nach den „systembedingten Widersprüchen und Entwicklungsfunktionen der spätkapitalistischen Gesellschaft“ beschäftigten, arbeitete man in Köln, Mannheim und Kiel fleißig weiter am Aufbau einer verhaltensorientierten empirischen Politikwissenschaft. Auf die Kölner Wahlstudie 1961 folgte eine Reihe neuer Projekte. Der Erfolg dieser Initiativen ist kaum

auf einen wohlgesinnten „Zeitgeist“ zurückzuführen. Im Gegenteil: Kritik an „Szientismus“ und „Empirismus“ belegte damals mühelos die Spitzenposition unter den modischen Themen. Etwas übertrieben ausgedrückt, lässt sich feststellen, dass sich die empirische Politikwissenschaft *trotz* und nicht *dank* der Entwicklung der allgemeinen Politikwissenschaft an deutschen Universitäten durchgesetzt hat. Allerdings waren Köln und Mannheim natürlich nicht von den gesellschaftlichen Debatten ausgeschlossen, wie z.B. die Veröffentlichungen von Erwin Scheuch (1968) zur Frage „Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor?“ oder von Rudolf Wildenmann und Max Kaase (1968) über „Die unruhige Generation“ zeigen.

Die wichtigsten Themen einer verhaltensorientierten empirischen Politikwissenschaft waren von Anfang an klar. Hauptziel war eine „Analyse des politischen Systems im Zustand seiner größten Intensivierung“ (Scheuch 2000: 42), welche zu einem „realistischeren Bild des Wählers“ (Scheuch 2000: 52) führen sollte. Damit sind die zentralen Themen der empirischen Politikwissenschaft von Anfang an eindeutig zu erkennen gewesen: Im Vordergrund stehen Betrachtungen über (i) die *Demokratie* und dann insbesondere (ii) die *Wahlen* und dann wieder (iii) die politische *Partizipation* der Bürger. Auch nach mehreren Jahrzehnten bilden diese drei Forschungsgebiete noch immer das Herzstück der empirischen Politikwissenschaft. Allerdings hat sich innerhalb dieser Themen die spezifische Thematik stark gewandelt. Die Gründe für diese Entwicklung haben wenig zu tun mit den wissenschaftlichen Debatten unter Politikwissenschaftlern oder mit dem Durchbruch innovativer Ansätze und neuer Ideen. Sicher, der innerwissenschaftliche Entwicklungsprozess war von manchen Diskussionen gekennzeichnet und sowohl die Datenrevolution als auch die technologische Revolution haben in der empirischen Politikwissenschaft ihre Spuren hinterlassen. Aber insbesondere in der Politikwissenschaft sind vielfältige externe Einflüsse relevant, sowohl was die Formulierung des Erkenntnisinteresses, den Gegenstand und die Problemdefinition als auch was die theoretischen und empirischen Ansprüche und Vorgehensweisen anbelangt. Stichwortartig können die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Ereignisse, welche die spezifische Thematik der empirischen Politikwissenschaften in den letzten Jahrzehnten stark beeinflusst haben, wie folgt zusammengefasst werden:

- Die allmähliche Auflösung von traditionellen Bindungen und Identifikationen und die Bildung neuer Zugehörigkeiten. Meistens wird hier auf den Prozess des Wertewandels („Individualisierung“) und der abnehmenden Relevanz traditioneller sozialer Milieus und Lager für politische Orientierungen hingewiesen.
- Das allmähliche Verschwinden klarer Trennungslinien zwischen „Politik“ und „Gesellschaft“ durch die Expansion staatlicher Tätigkeiten und Aufgaben. Hier sind die wach-

sende Komplexität moderner Gesellschaften sowie das Anwachsen sozialstaatlicher Aufgaben Schlüsselbegriffe.

- Der allmähliche Bedeutungsverlust des Nationalstaates als selbstverständliche Arena und Orientierungspunkt und das Aufkommen neuer politischer Entitäten in Europa. Folgen dieser Entwicklungen sind vor allem sichtbar in der Entwicklung komplexer Mehrebenensysteme mit supra-, inter-, intra- und subnationalen Prozessen.
- Die endgültige Beendigung des Kalten Krieges und die Auflösung der Sowjetunion und ihres Herrschaftssystems in Ost- und Mitteleuropa. Dabei hat sich in Deutschland die Situation mit der Wiedervereinigung grundlegend geändert.

Bis weit in die 70er Jahre hinein dominierten die Sorgen um die Lebensfähigkeit und Überlebenschancen der „Bonner Republik“ die politikwissenschaftlichen Diskussionen in Deutschland. Aber deutlich ist auch, dass bereits damals die Bundesrepublik „... eine westliche Industriegesellschaft unter anderen geworden“ war, die erfasst wird „von den für diese Gesellschaften charakteristischen Entwicklungstrends“ und „doch ein sehr besonderer, zum Extrem tendierender Fall“ bleibt (Kielmansegg 2000: 347). Deswegen sind in den letzten Jahrzehnten auch keine fundamentalen Änderungen in den Themen der empirischen Politikwissenschaft zu verzeichnen. Viel eher sind weitgehende Anpassungen der spezifischen Thematik im Rahmen der früher ausgereiften Hauptthemen zu beobachten.

Die thematischen Anpassungen im Bereich der *Demokratieforschung* sind in der empirischen Politikwissenschaft deutlich nachweisbar. Die Debatten der 70er Jahre waren gekennzeichnet von einer Wiederbelebung der Frage nach den Lebenschancen der Demokratie in einem Zeitalter des politischen Protests und Widerstands. An vielen Orten werden „Krisen der Demokratie“ wahrgenommen, welche die Aufmerksamkeit auf die offensichtlich mangelnde Legitimität des politischen Systems lenkten. Diese Krisentheorien haben sich als nicht sehr realistisch erwiesen, was auf einzigartige Weise in dem von Max Kaase und Kenneth Newton geleiteten „Beliefs in Government“-Projekt empirisch untermauert worden ist (Kaase/Newton 1995). In den Diskussionen jüngerer Datums spielt Legitimität noch immer eine zentrale Rolle, allerdings sind es jetzt nicht mehr Begriffe wie „demand overload“ oder „ungovernability“, welche die Richtung vorgeben. Stattdessen sind Fragen nach den Konsequenzen abnehmender sozialer Kohäsion und nach der Bedeutung demokratischer Performanz in den Vordergrund gerückt. Und selbstverständlich haben die Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa zu einer Belebung transformations-theoretischer Ansätze geführt, und die fortschreitenden europäischen Integrations- und Konvergenzprozesse haben die Modifizierung demokratietheoretischer Ansätze stark gefördert. Die Demokratie und ihr Funktionieren („das politische System“) stehen nach

wie vor im Vordergrund; die Vorliebe für Krisentheorien hat in den letzten dreißig Jahren jedoch spürbar nachgelassen.

Wahlen und Wahlbeteiligung bilden das zweite Hauptthema der empirischen Politikwissenschaften. Die Kölner Wahlstudie 1961 basierte auf dem Versuch, die konventionellen Ansätze der „Columbia Schule“ und der „Michigan Schule“ miteinander zu kombinieren und betrachtete das Wählen als den weitaus wichtigsten Aspekt der Demokratie aus der Sicht der einzelnen Bürger. Auch heutzutage wird Wahlen dieser Sonderstatus nicht vor-enthalten. Allerdings ist klar, dass Wählen eine von vielen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger ist und dass nicht der Gang zur Wahlurne, sondern der gesamte Komplex demokratischer Einstellungen zu betrachten ist. Somit bildet die Staatsbürgerrolle der Wähler und nicht der einzelne Wahlakt allmählich das Hauptthema der Forschung. Diese breite Orientierung zeigt sich auf beeindruckende Weise in der von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann seit Jahren herausgegebenen „blaue Bände“ (vgl. Klingemann/Kaase 2001). Außerdem verschoben sich die fast klassischen Fragestellungen bezüglich der Wechselwähler oder der Nichtwähler eindeutig. Wurde die letztgenannte Form politischer Enthaltung lange Zeit als ein erklärungsbedürftiges Defizit erfahren, ist jetzt klar, dass Nichtwählen auch als eine Form des politischen Protests verstanden werden kann. Damit hat sich Nichtwählen zu einem festen Bestandteil der Wählerstudien entwickelt.

Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch beim dritten Thema, der *politischen Partizipation*, erkennen. Die Erweiterung der Formen politischer Beteiligung hat bereits Ende der 60er Jahre zu der Anerkennung „unkonventioneller Formen“ – wie z.B. Demonstrationen, Boykotte und Bürgerinitiativen – geführt. In einer Periode, in der manche Beobachter die (mangelnde) demokratische Legitimität dieser Aktivitäten problematisierten, war Max Kaase maßgeblich an der „Political Action“-Studie beteiligt (Barnes/Kaase et al. 1979). Mit der weitergehenden „Vergesellschaftung der Politik“ und mit der „Politisierung der Gesellschaft“ verschwanden nicht nur die Grenzen zwischen den verschiedenen Formen politischer Beteiligung, sondern auch die Abgrenzung von politischer und sozialer Beteiligung lässt sich allmählich immer schwieriger durchhalten. Die neueste Belebung Tocquevilleanischer Ansätze im Bereich sozialer Netzwerke, des sozialen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeiten machen es heutzutage fast unmöglich, den Begriff politische Partizipation einzuschränken. Zur gleichen Zeit ändern neue Medien die politischen Informations- und Kommunikationsströme grundlegend. Statt auf institutionalisierte (und legalisierte) Einflussnahmen durch die Auswahl des politischen Führungspersonals beschränkt zu sein, kann der Bereich der politischen Partizipation heute fast jede Aktivität umfassen. Die „Individualisierung sozialer Konflikte“ impliziert eine weitgehende „Individualisierung politischer Partizipation“.

Die Entwicklungen der drei Hauptthemen der empirischen Politikwissenschaft in den letzten Jahrzehnten sind gekennzeichnet von Kontinuität und Anpassungsfähigkeit an sich stark ändernde Rahmenbedingungen – sowohl politisch, gesellschaftlich als auch wissenschaftlich-organisatorisch. Von einer klaren Fokussierung auf konventionelles politisches Verhalten einzelner Bürger haben sich die Fragestellungen in Richtung umfassender Analysen entwickelt, wobei Demokratie, Wahlen und Partizipation ausschließlich in wechselseitiger Abhängigkeit von einander zu betrachten sind. Die Anklage, dass die empirische Politikwissenschaft „Politik in Soziologie verwandelt“ (vgl. Lietzmann 1996: 67), ist deswegen nicht nur falsch, sondern auch unsinnig. Die allmähliche Auflösung der klaren Grenzlinien zwischen Politik und Gesellschaft ist kein Phänomen, das sich auf der Basis beliebiger Festlegungen fruchtbar analysieren lässt. Mit anderen Worten: Die Dominanz der Politik ist nicht einfach vorgegeben, sondern ist selbst Objekt der Forschung.

3. Neue Herausforderungen

Die kontinuierliche Entwicklung der empirischen Politikforschung in den letzten Jahrzehnten ist für die einzelnen Themen einfach nachweisbar. Allerdings hat sich die spezifische Thematik deutlich geändert. Man kümmert sich nicht länger um Fragen wie „Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor?“, sondern man fragt zum Beispiel nach den Konsequenzen von verschwindendem Sozialkapital oder von abnehmender demokratischer Performanz. In einem Rückblick auf 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland stellt Kaase fest:

„Die aktuelle deutsche Wahlforschung stellt also letztlich in ihrer Vielfalt eine Amalgamierung institutioneller und personeller Traditionslinien mit dem Kern der Kölner Wahlstudie und der Integration einiger zusätzlicher Entwicklungsschwerpunkte dar.“ (2000: 23)

Eine „Vielfalt“ und „Amalgamierung“ verschiedener Traditionslinien lassen sich sicherlich auch für die Demokratieforschung und für Studien im Bereich der politischen Partizipation beobachten. Das weitaus wichtigste Bindeglied der in diesem Sinne inhaltlich „vielfältigen“ aktuellen empirischen Politikforschung bildet dabei noch immer ihr verhaltensorientierter Hintergrund. Simpler Behaviorismus spielte nie eine entscheidende Rolle in der empirischen Politikforschung und spielt das auch heute nicht. Bereits die Kölner Wahlstudie basierte explizit auf verschiedenen Ansätzen und auf dem Versuch, mehrere Aspekte und Ebenen des politischen Systems zu berücksichtigen. Die lebhaften Diskussionen über die Anwendung Rational-Choice-theoretischer Ansätze in der empirischen Politikforschung jüngerer Datums unterstreichen die Offenheit des Fachbereichs für Neuerungen auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses des Erkenntnisinteresses (exemplarisch dazu Fuchs/Kühnel 1994).

Die kontinuierliche Entwicklung hat auch auf der institutionellen Ebene viele Spuren hinterlassen. Neben ZA, ZUMA und GESIS ist auch die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) zu erwähnen, die seit den 70er Jahren in Zusammenarbeit mit dem ZDF regelmäßig Repräsentativbefragungen durchführt (die sogenannten „Politbarometer“). Eine Reihe weiterer Projekte belegt den Ausbau und die institutionelle Einbettung der empirischen Politikforschung in Deutschland. Die seit 1980 zweijährlich durchgeführte „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) umfasst eine einzigartige Kombination von politischen und gesellschaftlichen Themen und entspricht den höchsten Qualitätsbedingungen der modernen Umfrageforschung. Langfristig angelegte internationale Kooperation findet unter anderem im Rahmen des „Cross National Election Project“ (CNEP), des „International Social Survey Program“ (ISSP), der „Europawahlstudien“ und des „Comparative Study of Electoral Systems“ (CSES) statt. Selbstverständlich wurden außerdem mehrere Projekte zu speziellen Themen konzipiert und durchgeführt, wie zum Beispiel die der „Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern“ (KSPW) oder die des Netzwerks „Citizenship, Involvement, Democracy“ (CID). Für die weitere Entwicklung der empirischen Politikforschung wird sicherlich auch der im Herbst 2002 zum ersten Mal durchgeführte „European Social Survey“ (ESS) eine zentrale Rolle spielen. Auch in dieser Studie steht die Kombination politischer und gesellschaftlicher Fragestellungen im Vordergrund und wird die Einhaltung allerhöchster methodischer Anforderungen angestrebt.

Die institutionellen Entwicklungen haben die Analysemöglichkeiten stark erweitert. Mit dem Aufbau der ALLBUS-Reihe und der systematischen Aufarbeitung der verschiedenen deutschen Wahlstudien sind manche Fragestellungen nicht mehr auf Querschnittsanalysen beschränkt. Stattdessen sind longitudinale Analysen vielerlei Art möglich geworden. Trotz dieser Entwicklungen bereitet überraschenderweise ausgerechnet das Herzstück der empirischen Politikforschung – die Wählerstudien – noch immer Sorge. Erst seit den Bundestagswahlen 1998 gibt es eine „Deutsche Wahlstudie“ (DWS); bis dahin basierten alle auf Wahlen und Wähler bezogenen Studien in Deutschland auf Ad-hoc-Lösungen bezüglich der Organisation und Finanzierung verschiedener Projekte in diesem Bereich. Diese Situation ist in Anbetracht der gesamten Infrastruktur für empirische Forschung in Deutschland umso erstaunlicher. Auf Initiative von Franz Pappi haben die beiden Berufsverbände von Politikwissenschaftlern und Soziologen 2002 eine Kommission gegründet, die eine institutionelle Regelung der deutschen Wahlstudie vorbereiten soll. Damit wird – wenn auch reichlich spät – eine der letzten Lücken der empirischen Politikforschung bald geschlossen.

Blickt man auf die Ereignisse der letzten Jahrzehnte zurück, lässt sich feststellen, dass die Köln-Mannheimer Schule inhaltlich wie organisatorisch eine klare Erfolgsgeschichte

verkörpert. Baumert, Scheuch, Wildenmann, Pappi, Klingemann, Kaase und vielen anderen ist in dieser Hinsicht sehr viel zu verdanken. Während kritische Beobachter von Lepsius (1961) bis Lietzmann (1996) die Entwicklung der deutschen Politikwissenschaft als „nicht gelungen“ oder als „insgesamt unbefriedigend“ bezeichnen, fällt eine solche Bilanz für die empirische Politikforschung eher positiv aus. Teilweise entstehen diese divergierenden Eindrücke und Einschätzungen auch, weil die Wissenschaftler der Köln-Mannheimer Schule sich in ihre „Festungen“ zurückgezogen haben. Womöglich haben gerade die großen Anstrengungen, eine verhaltensorientierte empirische Politikwissenschaft aufzubauen, verhindert, dass eine weithin akzeptierte Integration dieser Ansätze in der allgemeinen Politikwissenschaft an deutschen Universitäten erfolgreich gelingen konnte. Die „starke Fragmentierung“ der deutschen Politikwissenschaft, welche von Beyme (1986: 23) in vielen Bereichen der Disziplin noch Mitte der 80er Jahre nachweisen konnte, scheint auch heute noch wirksam zu sein.

Ein krasses Beispiel dieser Neigung zur Abschottung liefert der 1999 erschienene Band „Schulen in der deutschen Politikwissenschaft“, in dem Vertreter der Freiburger Schule, der Münchner Schule, der Göttinger Schule usw. die besonderen Merkmale und Hintergründe ihrer Ansätze präsentieren. Am Ende seines einführenden Kapitels stellt Herausgeber Wilhelm Bleek fest, dass „... die Köln-Mannheimer Schule mit ihrem Anspruch auf empirische Sozialforschung eine wichtige Rolle“ in der Geschichte der deutschen Politikwissenschaft gespielt habe. Allerdings gebe es leider keinen Beitrag dieser Schule in diesem Band, „... weil sich trotz entsprechender Bemühungen kein Autor fand, der diese Aufgabe übernehmen wollte.“ (1999: 18)

Eine fehlende Bereitschaft, mit Kollegen außerhalb des eigenen Kreises zu kommunizieren, verstärkt das Gefühl der „Splendid Isolation“ innerhalb und außerhalb Kölns und Mannheims. Sie geht sicherlich teilweise auf gemeinsame Erfahrungen der Generationen der 60er und 70er Jahre zurück und ist als solche einfach zu dokumentieren und zu verstehen. Nach drei Jahrzehnten bildet sie jedoch auch die größte Gefahr für die weitere Entwicklung sowohl der empirischen Politikforschung als auch der Sozialwissenschaften im allgemeinen. Die wichtigste Herausforderung für die vor kurzem angetretenen Generation stellt vor diesem Hintergrund nicht nur die Integration der nächsten Generationen in die eigenen Netzwerke und Institutionen dar, sondern auch deren Öffnung für Kollegen anderer Schulen und Disziplinen.

Literatur

Barnes, S.H./Kaase, M. et al., 1979: Political Action. Mass Participation in five Western Democracies. Beverly Hills/London: Sage.

Bleek, W., 1999: Einleitung. S. 9-18 in: Bleek, W./Lietzmann, H.J. (Hrsg.), Schulen in der deutschen Politikwissenschaft. Opladen: Leske + Budrich.

Faul, E., 1979: Politikwissenschaft im westlichen Deutschland. Bemerkungen zu Entwicklungstendenzen und Entwicklungsanalysen. Politisches Vierteljahresheft 2: 71-103.

Fuchs, D./Kühnel, S., 1994: Wählen als rationales Handeln: Anmerkungen zum Nutzen des Rational-Choice-Ansatzes in der empirischen Wahlforschung. S. 305-364 in: H.-D. Klingemann/M. Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Greven, M.T., 1991: Was ist aus den Ansprüchen einer kritisch-emanzipatorischen Politikwissenschaft vom Ende der 60er Jahre geworden? Eine Skizze des Paradigmas und seines Scheiterns. S. 221-246 in: G. Göhler/B. Zeuner (Hrsg.), Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos.

Kaase, M., 2000: Entwicklung und Stand der Empirischen Wahlforschung in Deutschland. S. 17-40 in: M. Klein/W. Jagodzinski/E. Mochmann/D. Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Kaase, M./Newton, K., 1995: Beliefs in Government. Oxford: Oxford University Press.

Kastendiek, H., 1990: Political Development and Political Science in West Germany. S. 108-126 in: D. Easton/J.G. Gunnell/L. Graziano (Hrsg.), The Development of Political Science. A Comparative Survey. London: Routledge.

Kielmansegg, P. Graf, 2000: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands. Berlin: Siedler.

Klingemann, H.-D./Kaase, M. (Hrsg.), 2001: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Lepsius, M. R., 1961: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der politischen Wissenschaft. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Lietzmann, H.J., 1996: Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung, Stand und Perspektiven. S. 38-76 in: H.J. Lietzmann/W. Bleek (Hrsg.), Politikwissenschaft. Geschichte und Entwicklung in Deutschland und Europa. München/Wien: Oldenbourg Verlag.

Mannheim, K., 1928/29: Das Problem der Generationen. Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7: 157-184 und 309-330.

Scheuch, E.K., 1968: Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor? Zur Problematik der Umfrageforschung als Frühwarnsystem. Itzehoe: Hansen und Hansen.

Scheuch, E.K., 2000: Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961. S. 41-58 in: M. Klein/W. Jagodzinski/E. Mochmann/D. Ohr (Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Von Beyme, K., 1986 : Die deutsche Politikwissenschaft im internationalen Vergleich. S. 12-26 in: von Beyme, K. (Hrsg.), Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungsprobleme einer Disziplin. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Wildenmann, R./Kaase, M., 1968: Die unruhige Generation. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik. Mannheim: Lehrstuhl für Politische Wissenschaft.